

Amtliche Mitteilungen.

Preußen.

Der Regierungs- und Baurat Garbe ist aus der Wasserbauabteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an das Vorarbeitenamt für den Weser-Main-Kanal in Eisenach versetzt.

Dem Regierungs- und Baurat Schäfer ist die Verwaltung des Kulturbauamts in Koblenz übertragen worden.

Der bisherige Privatdozent an der Technischen Hochschule Berlin Honorarprofessor Dr.-Ing. Lichtenstein ist zum ordentlichen Professor in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster ernannt worden.

Die Staatsprüfung haben bestanden: die Regierungsbauführer Wilhelm Beckmann und Robert Groenke (Hochbaufach).

Der Dr.-Ing. Ernst Körting in Hannover ist gestorben.

Deutsches Reich.

Reichseisenbahnen. Preußen-Hessen. Dem Geheimen Baurat Paul Krause, Vorstand eines Eisenbahn-Werkstättenamts in Eberswalde, ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichseisenbahndienst erteilt.

Der Regierungsbaumeister des Eisenbahn- und Straßenbauamtes Dietrich Hacke ist bei der Eisenbahndirektion in Trier zur Beschäftigung im Reichseisenbahndienst einberufen.

Reichseisenbahnen. Bayern. Der mit dem Titel und Rang eines Regierungsdirektors bekleidete Oberregierungsrat der Eisenbahndirektion Ludwigshafen Wilhelm Staby ist zum Ministerialrat des Reichsverkehrsministeriums, Zweigstelle Bayern, in etatsmäßiger Weise befördert worden.

Reichseisenbahnen. Württemberg. Der Reichspräsident hat den Regierungs- und Baurat Mayer, Mitglied der Eisenbahn-Generaldirektion Stuttgart, zum Oberregierungsbaurat ernannt.

Der Regierungsbaurat Scheuffele, vormals Mitglied der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, zuletzt bei der Reichseisenbahnzweigstelle in Karlsruhe, ist in die Stelle eines Mitglieds der Eisenbahn-Generaldirektion versetzt worden.

Postbauverwaltung. Der Regierungsbaumeister Gaedioke in Berlin ist zum Postbaurat ernannt worden.

Frühere Militärbauperwaltung. Preußen. Der Geheime Baurat Johann Heinrich Schmedding, früher Intendantur- und Baurat in Münster i. Westf., ist gestorben.

Frühere Reichsmarine. Der Wirkliche Geheime Marinebaurat Friedr. Uthemann, früher Maschinenbaudirektor in Kiel, ist gestorben.

Bayern.

Der mit dem Titel Baurat ausgestattete bisherige koburgische Bauinspektor Wilhelm Reichenbach ist in etatsmäßiger Weise zum

Bauamtman beim Landbauamt Bamberg mit dem Dienstatz Koburg ernannt.

Der Bauamtman Arnold Schneider beim Neubauamt für die Mainkanalisierung in Aschaffenburg ist in gleicher Diensteseigenschaft an die Kanalbauinspektion Regensburg berufen worden.

Sachsen.

Mit Genehmigung des Gesamtministeriums ist die Wahl des Geheimen Hofrats Professor Dr. Hallwachs zum Rektor der Technischen Hochschule Dresden für das Jahr vom 1. März 1921 bis Ende Februar 1922 bestätigt worden.

Württemberg.

Durch Entschließung des Staatspräsidenten ist die erledigte Stelle eines planmäßigen Bauamtmanns bei der Straßen- und Wasserbauverwaltung dem Regierungsbaumeister Theodor Bauder beim Straßen- und Wasserbauamt Hall übertragen und der Baurat Beyhl bei der Forstdirektion seinem Ansuchen entsprechend bleibend in den Ruhestand versetzt worden.

Der bisherige außerordentliche Professor an der Technischen Hochschule Stuttgart Dr. Schrödinger ist zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Breslau ernannt worden.

Baden.

Der Leiter des Neckarbauamts Mannheim Baurat Karl Spieß ist als Referent zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues versetzt worden.

Hessen.

Der Vorstand des Hochbauamts Alsfeld Baurat Otto Berth in Alsfeld ist zum Vorstand des Hochbauamts Gießen vom Tage der Dienstübernahme an ernannt.

Mecklenburg-Strelitz.

Dem Regierungsbaumeister Schütte, Vorstand des Hochbauamts, Abteilung I Neustrelitz, und dem Regierungsbaumeister Weißbach, Vorstand des Hochbauamts Stargard, ist die Amtsbezeichnung Baurat beigelegt worden.

Lübeck.

Der Baurat Deditius in Lübeck ist gestorben.

Bremen.

Der Staatsbaurat Johann Oeltjen in Bremen ist gestorben.

Hamburg.

Der Senat hat den Baurat bei der zweiten Sektion der Bau- deputation Walter Friedrich Ferdinand Granzin zum Oberbaurat ernannt.

[Alle Rechte vorbehalten.]

Nichtamtlicher Teil.

Schriftleiter: Friedrich Schultze und Richard Bergius.

Die Wohnungsfürsorge in der preußischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. IV. Arbeiterwohnungen im Bezirk der preußischen Bergwerkdirektion Hindenburg O.-S.

Vom Architekten Kind in Hindenburg in Oberschlesien.

(Fortsetzung aus Nr. 97, Jahrg. 1920).

In Oberschlesien hat die Wohnungsfrage die staatliche Bergverwaltung hauptsächlich aus zwei Gesichtspunkten zur Mitwirkung veranlaßt, einmal aus dem Bestreben, die allgemeine Wohnform der Arbeiter überhaupt zu verbessern, und dann aus der Notwendigkeit, Wohnungen in größerer Zahl dort zu schaffen, wo die Betriebs-einrichtungen die Heranziehung und Sesshaftmachung von neuen Arbeitern erforderten. Im ersten Fall wurden an Mitglieder der

eigenen Belegschaft Gelder in Form von Baudarlehen unverzinslich gegen günstige Rückzahlbedingungen ausgeliehen und Bauprämien in bestimmter Höhe geschenkwweise gegeben. Hierdurch sollte für den Arbeiter der Anreiz zum Eigenbesitz geschaffen werden, der ihm bei einer Wohnung von bestimmter Größe das Gefühl der Unabhängigkeit von dem fremden Hausbesitzer gab und ihm ein billiges Wohnen sicherte. Anfangs hatten diese Bestrebungen sehr guten Er-

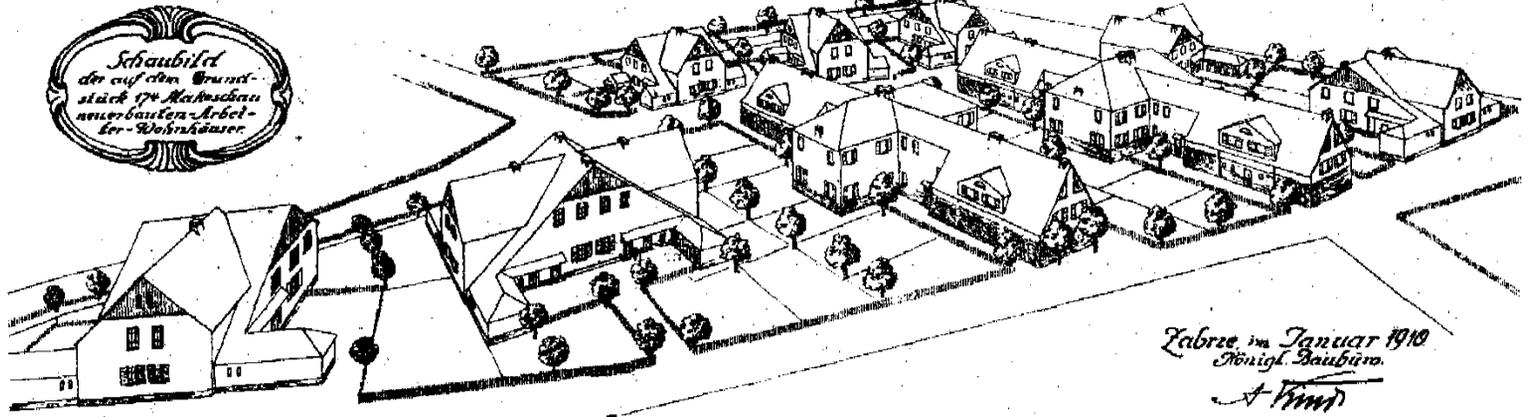


Abb. 1. Schaubild der Arbeiterwohnhäuser in Makoschau.

folg, es konnten im ganzen rd. 860 Häuser mit rd. 2700 Wohnungen entstehen, die vorwiegend an Werkangehörige vermietet wurden. Als aber mit der fortschreitenden Entwicklung die Bau- und Grundstückspreise stiegen, ergab sich, daß das Streben der meisten Hausbesitzer, derartige Beihilfshäuser als Handelsgegenstand zu behutsam, stärker war als der Sinn, in Sicherheit auf dem eigenen Grund und Boden zu sitzen. Die Grundstücke wechselten den Besitzer und wanderten mit einer fortgesetzten Verteuerung von Hand zu Hand. Bei den zuletzt in Angriff genommenen Häusern hatte sich bereits durch die Wertsteigerung des Grund und Bodens und der Baustoffe die Notwendigkeit für den Baulustigen ergeben, größere Summen fremden Geldes aufzunehmen, und damit waren sie in die Abhängigkeit der Pfandbriefgläubiger gekommen, die sie sehr oft zu eigenen Gunsten ausnutzten. So mußte dieser Weg zur Verbesserung der Wohnform bald ganz aufgegeben werden, konnte jedenfalls mit den vereinzelt Fällen, wo er noch eingeschlagen wurde, keinen Einfluß auf den allgemeinen Wohnungsstand mehr ausüben.

Die Preissteigerungen, die die Einheitwerte der Wohnungen allgemein erfuhren, blieben auch auf diejenigen Häuser, die gewöhnlich von den Unternehmern erbaut und an die Arbeiter vermietet wurden, nicht ohne erheblichen Einfluß. Es muß vorausgeschickt werden, daß der oberschlesische Arbeiter gewöhnt ist, für seine Wohnung nur eine sehr geringe Miete zu entrichten, die meist über 8 bis 10 Mark im Monat nicht hinausging und nur 8 bis 10 vH seines Einkommens ausmachte. Das ergab für einen Hausbesitzer bei einem Grundpreis von 1300 Mark für je eine Wohnung immerhin noch eine erträgliche Verzinsung, zumal wenn das Grundstück hinsichtlich seiner Bebauung bis zur äußersten Grenze ausgenutzt und die Gebäude vielgeschossig, meist recht minderwertig ausgeführt wurden. Wo die Voraussetzungen hierfür fehlten oder höhere Gestehungskosten in Frage kamen, zog sich der Unternehmer von der Erbauung der Miethäuser zurück, die günstigenfalls durch Einbau von Läden oder Schanktätten, nachdem sie den Besitzer gewechselt, oder durch Neueinrichtung von Wohnungen auf Kosten der vorhandenen Räume zu einer höheren Verzinsung gebracht wurden. Mit dem Übergehen an den anderen Besitzer hatten dann auch meist Instandsetzungen an den Gebäuden und den einzelnen Wohnungen nachgelassen, die Wohnungen wurden immer minderwertiger und genügten kaum mehr den geringsten Anforderungen. Wenn man bedenkt, daß noch 1890 $\frac{1}{3}$ der gesamten Arbeiterschaft in derartigen Unternehmerwohnungen wohnte und nur $\frac{1}{5}$ in werkseitigen und Beihilfshäusern, so kann wohl für diese Zeit von einem erheblichen Tiefstand des Wohnungswesens in Oberschlesien gesprochen werden. Noch größer drückt sich dieser Tiefstand in der engen Belegung der Wohnviertel aus, die in einzelnen Zechenstädten 12 000 Köpfe auf 1 qkm betrug und damit den Durchschnitt größerer Städte um ein mehrfaches überstieg. Auch durch das Fehlen von geeignetem Baugelände in dem engeren Zechenbezirk wurde eine weitere gesunde Entwicklung des Wohnungswesens zurückgehalten.

Der Abbau der mächtigen Kohlenlager bei nur geringer Überdeckung konnte auf die Erdoberfläche nicht ohne Einwirkung bleiben und machte das abgebaute oder noch abzubauen Gelände für die Errichtung von größeren Gebäuden meist ungeeignet, brachte andererseits die noch verbleibenden Baugrundstücke durch den Bodenwucher zu höherem Wert und wirkte so weiter hindernd auf die nutzbringende Betätigung des Unternehmens. Man kann nach dieser Erkenntnis und nach den Erfahrungen, die aus der Bautätigkeit der Unter-

nehmer gesammelt wurden, es nur als Fortschritt für die Gesundung des Wohnungswesens bezeichnen, daß die Verwaltungen ihrerseits an den Aufbau einer neuen Wohnungsform herangehen mußten, um ihre Belegschaft durch Heranziehung neuer Kräfte zu vermehren und sehaft zu machen. Dies mußte mit der klaren Einsicht geschehen, daß die aufgewendeten Geldmittel sich nur mittelbar verzinsen konnten, nur dadurch, daß die angesiedelten Arbeiter zur Vermehrung der Förderung dienten und daß die zu schaffenden Wohnungen hierfür die Vorbedingung zu erfüllen hatten. Auch die der Bergverwaltung aus den Wohnungsfürsorgegesetzen zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellten Mittel konnten diesem Zweck nicht dienen, weil ihre Verwendung von der Einbringung einer Verzinsung von 4 vH abhängig war, die selbst bei einfachster Ausführung und Inanspruchnahme anderer Hilfsmittel mit Rücksicht auf die geringen, von den Arbeitern zu erwartenden Mieten nicht zu erzielen war. Es mußten daher zum Bau außerordentliche Mittel aufgebracht werden, und 1908 wurden erstmalig 4 Millionen Mark zum Bau von Arbeiterwohnungen für die neuen, im Ausbau befindlichen Schächte zur Verfügung gestellt.

Für diese Anlagen, die in vorwiegend ländlicher Gegend, im Anschluß an vorhandene Ortschaften Bielschowitz, Makoschau und Knurow ausgeführt wurden, waren naturgemäß andere Gesichtspunkte leitend als bei den älteren. Während diese sich in einer langen Reihe von Jahren zu dem jetzigen Großbetrieb entwickelt haben, war für die neuen Anlagen ein beschleunigter Ausbau geboten, der in einem Jahrzehnt zur vollen Entwicklung führen sollte. Dabei mußten die Nachteile vermieden werden, die sich früher für den späteren Bergbau ergeben hatten, aus dem Fehlen einer einheitlichen und vorausschauenden Bebauung in den benachbarten Ortschaften und der infolgedessen eingetretenen „wilden“ Bebauung. Deshalb ging man zunächst daran, für diese Ortschaften einen Bebauungsplan in aller Form aufzustellen, der unter Berücksichtigung der späteren Entwicklung des Bergbaues und unter Annahme einer ausreichenden Entwicklung des privaten Grundbesitzes festgelegt wurde. Soweit es angängig war, wurden auch Grundstücke in der geschlossenen Ortschaft erworben und in den Bebauungsplan einbezogen, um sie bald der Bebauung zuzuführen und so dem Bergfiskus eine Mitwirkung in allen Gemeindefragen zu sichern. Größere Liegenschaften wurden zur Bebauung in zusammenhängender Siedlung bestimmt und nach

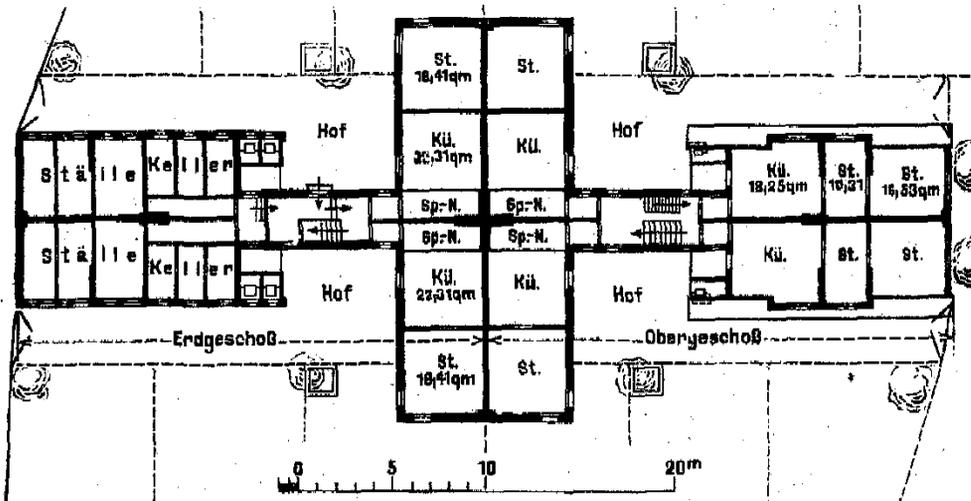


Abb. 2. Zwölffamilienhaus in Makoschau.



Abb. 3. Straßenbild aus Knurów.

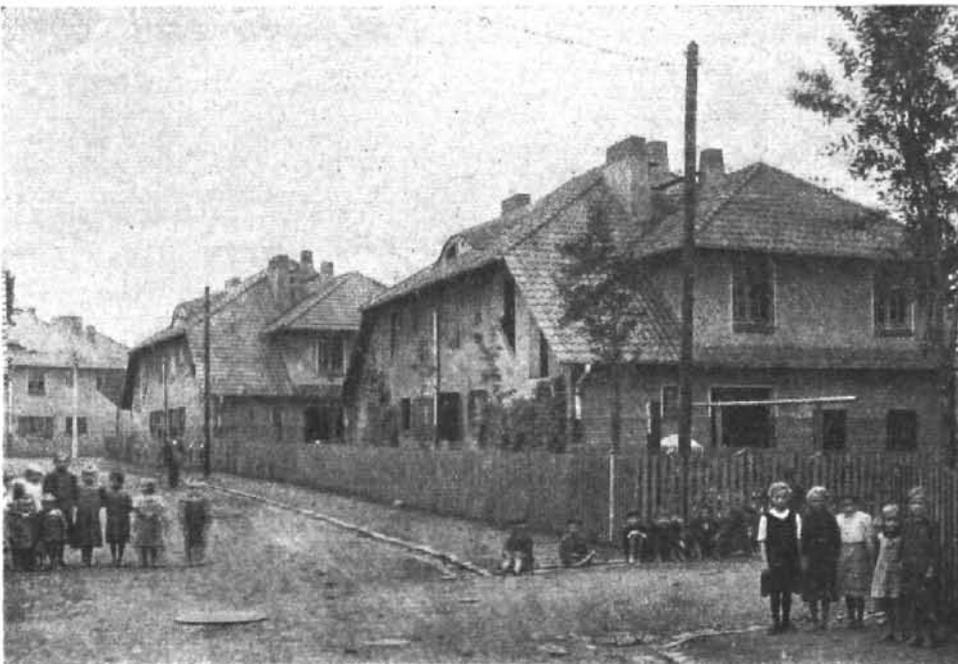


Abb. 4. Straßenbild aus Knurów.

diesen Vorgängen an die eigentliche Erfüllung der Bauaufgabe herangegangen.

Der hier aufgestellte Plan knüpfte an die übliche, durch die jahrelange Gewohnheit eingebürgerte Wohnform der Geschößwohnungen an. Es sollten nach den Bedürfnissen der Arbeiter zwei- und dreiräumige Wohnungen erbaut werden, wie sie der Arbeiter auf dem freien Wohnungsmarkt suchte und wie sie auch seinen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt erscheinen, dabei sollte die Form des Flachbaues nicht überschritten und die Anordnung von nicht mehr als vier Wohnungen an einer Treppe Grundsatz bleiben. Eine Verbesserung gegen die übliche Mietwohnung sollte außer in einwandfreier Ausführung auch in der Anwendung aller Einrichtungen gesucht werden, die geeignet erschienen, die Wohnform selbst zu heben und die Schäden, die ein Zusammenwohnen bringt, zu beseitigen oder einzuschränken. Die Anwendung der Geschößwohnung erschien nach den Erhebungen, abgesehen von der Gewöhnung des Arbeiters, um deswillen gerechtfertigt, weil sie die beste Wärme- und Lichterhaltung ermöglicht für eine Kleinwohnung, wie sie der hiesige Arbeiter verlangt, die beste Ausnutzungsmöglichkeit bietet und deshalb wirtschaftlicher erschien als der Bau von Einzelhäusern. Das große Wärmebedürfnis, einmal durch die rauhe Witterung verursacht, dann aber auch das Mehrbedürfnis des Oberschlesiens, eine Folge wohl der Art der Bekleidung, der Ernährung, wirkt hierbei mitbestimmend. War

der Bau von Arbeiterwohnungen durch die Notwendigkeit bedingt, die Betriebsanlagen selbst lebensfähig durch das Heranziehen der Arbeiter zu machen, so war es umso mehr geboten, mit den zur Verfügung gestellten Mitteln so haus- hälterisch und sparsam wie möglich umzu- gehen, d. h. auch soviel Wohnungseinheiten als möglich herzustellen und trotzdem einwand- freie Unterkunft zu schaffen. Die ländliche Gegend, in der die Wohnungen erbaut werden



Abb. 5. Straßenansicht.



Abb. 6. Hofansicht.

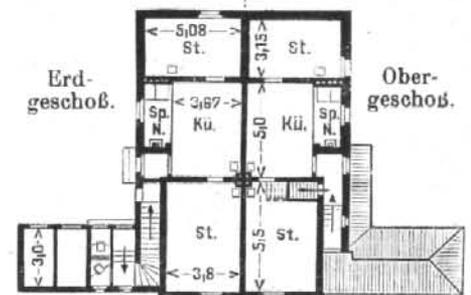


Abb. 7. Grundrisse.

Abb. 5 bis 7. Vierfamilienhaus, Form A.

sollten, ließ endlich von vornherein mehr, als vorher üblich, die Einrichtung von Stallungen zur Kleinviehhaltung und Zuteilung von Garten- land in unmittelbarer Nähe des Hauses zweck- mäßig erscheinen, und deshalb sind auch die einzelnen Bauanlagen gerade von diesen Forde- rungen stark beeinflusst (Abb. 1 u. 2).

Zunächst wurde mit der Bebauung von Grundstücken in der eigentlich geschlossenen Dorflage Bielschowitz, Makoschau und Knurów begonnen und hier in Gruppen, meist in Hofanlagen von zwei Straßenseiten zugänglich, 40, 56 und 64 Wohnungen gebaut, die als für sich abgeschlossene Anlagen erscheinen; so wie es das Gelände und seine Ausnutzbarkeit ergab, wurden die einzelnen Hausformen zu Vier-, Acht-, Zwölf- und Sechzehnfamilienhäusern zusammengestellt. Zunächst wurde an die Ausführung der großen Siedlung Knurów gegangen, die den kleinen Anlagen im wesentlichen gleicht und die deshalb hier besprochen werden soll. Ein Gelände an der Nord- seite der Hauptstraße Gieraltowitz—Knurów wurde nach der sich ergebenden Grundform in ein Netz von gleichlaufenden Straßen auf- geteilt, wie es sich unter Berücksichtigung der erforderlichen Block- größen ergab, und nur in dem Versetzen der Straßenfluchten und den Vor- und Rücksprüngen der Hausgruppen einige Abwechslung und Unterbrechung gesucht (Abb. 11). Auf diese Weise entstanden im ganzen 92 Häuser mit 523 Wohnungen auf 14 allseitig von Straßen umschlossenen viereckigen Teilstücken, die mit ihren äußeren Häuser- reihen die Baufluchten bilden und im Inneren die Höfe mit den Stall- gebäuden und die Gärten umschließen. Von den 92 Häusern sind 1 für zwei, 71 für vier (Abb. 5 bis 7), 3 für acht, 6 für zehn und 9 für zwölf selbständige Wohnungen (Abb. 8 bis 10) zusammengestellt. Im ganzen sind 13 verschiedene Formen ausgeführt worden, weil man hoffte, am leichtesten zu einer Grundform zu gelangen, wenn man recht viele Lösungen benutzte. Trotzdem ist bei allen Grundrissen

Einfachheit und Geschlossenheit angestrebt worden, die sich bei den zuletzt gebauten Häusern schon zum vollständig geschlossenen Viereck ausgebildet hat. Hier haben allerdings die zu erwartenden Einwirkungen des Bergwerkbetriebes besonderen Einfluß ausgeübt.

Im Äußeren weisen diese Häuser meist einen Sockel im Rohbau, im übrigen verputzte, teilweise auch rau verschalte Außenwände und Pfannendächer auf (Abb. 3 u. 4). Für das Innere der Häuser war größte Zweckdienlichkeit erste Bedingung, ohne dabei die Wohnlichkeit zu vernachlässigen. Nicht allein eine einfache und preiswerte Ausführung, sondern vor allem eine einfache Unterhaltung der einzelnen Bauteile wurde angestrebt und vielfach Ausführungsarten gewählt, die fast keine Ausbesserung erfordern, vor allem in den Treppenhäusern, wo die Beschädigungen häufiger sind und die Herstellungskosten oft ins ungeheure steigen. Die Wände sind dort mit glatten gelben Spaltvierteln von unten bis oben verblendet, eine Ausführung, die sich ebenso wie die Stufen aus Kunststein und das einfache Holzgeländer besonders gut bewährt hat. Die gleiche Wandverblendung erhielten die Vorräume und die Küchenwände dort, wo sie besonderer Abnutzung ausgesetzt sind.

Von den 523 Wohnungen sind 128 zwei-, 341 drei- und 54 vierräumig. Bei letzteren liegt der vierte Raum, mit Rücksicht auf eine etwaige Abvermietung an Schlafgänger, getrennt von den anderen (Abb. 19). Die Küche ist eine Wohnküche, meist mit einer besonderen Spülwanne, die den Kochherd aufnimmt und in der sich auch der Zapfhahn mit Ausguß und in dem massiven Fußboden eine große Entwässerung befindet. Die Wohnküche ist meist 25 qm groß, während die Stuben 15 bis 20 qm Grundfläche haben, je nachdem sie zu zwei- oder mehrräumigen Wohnungen gehören. Zu jeder Wohnung gehören getrennte Kellerräume, ein gemeinsamer Trockenboden, ein Stall von 6 qm mit Futterboden und außer Müll- und Düngergrube ein umfriedigter Garten von 100 qm. Die Aborte sind als Trockenaborte im Gebäude, von offenen Vorräumen aus zugänglich, meist in gleicher Geschoßhöhe angeordnet. Diese Anordnung hat sich überall durchaus bewährt, sie vermeidet die Unbequemlichkeit und die Schäden, die die Anordnung auf dem Hofe bringen, und ersetzt bei Unterbringung im Hause die sonst notwendige Anlage von Spülaborten. Daß die einzelnen Bauteile (Fenster und Türen) nach einheitlichen Abmessungen und in gleicher einfacher Art ausgeführt wurden, bedarf keiner besonderen Erwähnung, wie ja auch ein derartiges Unternehmen nur bei wirtschaftlichster Ausführung einen Erfolg erhoffen konnte.

Vergeben wurden die Arbeiten fast durchweg in öffentlicher Verdingung, teils an einzelne Handwerkszweige, teils an schlüsselfertiger Ausführung, unter Heranziehung von Handwerkervereinigungen und teilweiser Mitwirkung der Handwerkskammer. Immer aber wurden zu gleicher Zeit größere Arbeiten gleicher Art an gleichen Häusern verdingt und unter verschiedene Unternehmer verteilt. Gerade die Gleichartigkeit der Häuser hat in ihrer Ausführung günstige Ergebnisse gehabt. Die Werkleute arbeiteten sich an einem Haus bald ein und richteten sich dann die folgenden Bauten bald so zweckmäßig für die Fertigstellung vor, daß es eines Hinweises auf das jetzt so sehr empfohlene Taylorsystem nicht bedurfte. Auch das Ineinandergreifen der verschiedenen Handwerkszweige, dort wo eine Vereinigung die Ausführung übernahm, hat zu Klagen keinen Anlaß gegeben. In der jetzigen Zeit wird ein Vergleich der durch die Vergabe an eine Handwerkervereinigung erzielten Preise bei einem Vierfamilienhaus Beachtung finden, das 24 mal in gleicher Ausführung gebaut wurde. Hier haben nach der Abrechnung betragen die Kosten für

Erdarbeiten, Maurer-, Asphalt- und Zimmerarbeiten	10 500,00	Mark
Schmiedearbeiten	235,79	"
Dachdeckerarbeiten (holl. Pfannen)	956,43	"
Klempnerarbeiten	317,65	"
Tischler-, Schlosser-, Glaser- und Anstreicherarbeiten	1 305,00	"
Ofenarbeiten	551,43	"
Wasser- und Lichtleitung	406,35	"
Insgesamt	40,00	"

Zusammen 14 312,65 Mark,

das macht für eine Wohnung zu durchschnittlich 3,6 Zimmern (dreiräumige Wohnungen unten, vierräumige Wohnungen oben) rd. 3600 Mark oder je 1 qm nutzbare Wohnfläche rd. 62 Mark. Dabei hat dieses Haus über dem Erdgeschoß eine Steindecke und einen kiefernen Riemenboden in Asphalt.

Über die äußere Anlage der Siedlung ist zu sagen, daß die Straßen eine 6 m breite durch Packlage und Schotterung befestigte Fahr-



Abb. 8. Straßenansicht.



Abb. 9. Grundrisse.



Abb. 10. Giebelansicht.

Abb. 8 bis 10. Zwölffamilienhaus, Form H.

bahn mit beiderseitigem Rinnstein aus Granitwildpflaster erhalten haben, daß an den Straßen, die später eine Hauptverbindung von dem Dorf nach dem Bahnhof werden können, ein 2 m breiter Fußgängerweg angelegt wurde und daß die Baufluchtabstände 12 m betragen haben. Die Straßen haben Leitungen zur Abführung der Küchen- und Regenwässer, Wasserzuleitung, deren Abzweige bis zu den Küchen führen, und sind mit elektrischer Beleuchtung versehen, die nachträglich auch nach den Wohnungen verlegt wurde. Die Höfe und Gärten werden durch einfache Lattenzäune abgegrenzt. Von den Baukosten für die Nebenanlagen einschl. der Bepflanzung und der Bureau- und Bauleitungskosten kommen auf die Wohnungseinheit rd. 500 Mark. Die Gesamtkosten einer Wohnung einschl. aller Nebenanlagen haben nicht mehr als 4200 Mark betragen, die sich durch die zu erhebende Miete mit rd. 3 vH ohne Bodenberechnung verzinsen dürften. Dabei erfordert eine Wohnung einschl. Garten-, Straßen- und Bauland rd. 245 qm Gelände.

Außer einer Schlafhausanlage, die mit neun einzelnen Gebäuden (Abb. 12) und einer großen Kantine und Wirtschaftsgebäude (Abb. 16) in unmittelbarer Nähe der Schachanlage entstanden ist, sind an gemeinnützigen Gebäuden der Benutzung der Arbeiter freigegeben ein



Abb. 11. Lageplan der Arbeitersiedlung Knurów.

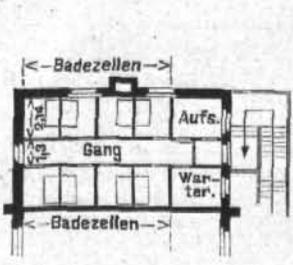


Abb. 13. Zwischengeschoß mit Badezellen.

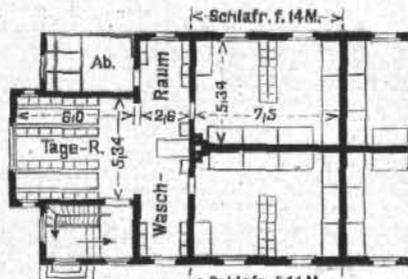


Abb. 12. Schlafhaus für 56 Mann.

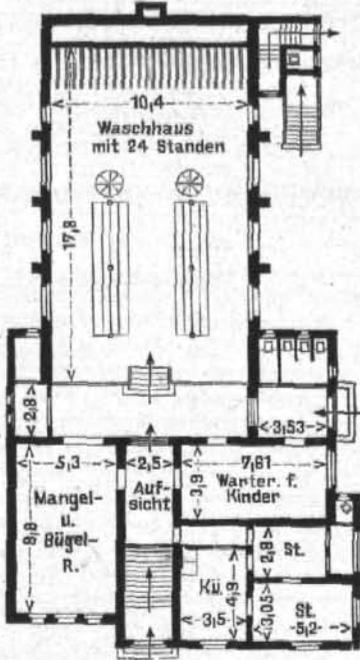


Abb. 14. Erdgeschoß.

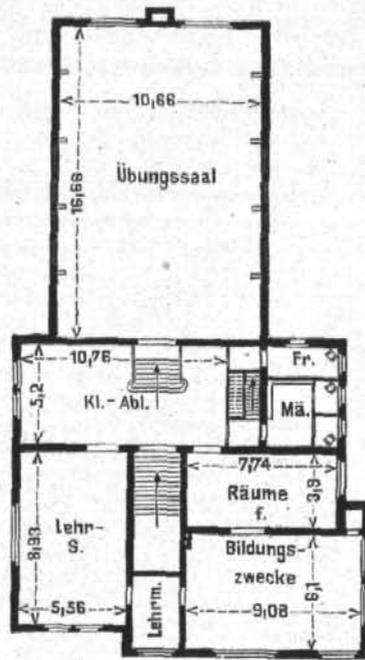


Abb. 15. Obergeschoß.

Abb. 13 bis 15. Wasch- und Badehaus nebst Räumen für Volksbildungszwecke.

Wasch- und Badehaus (Abb. 13 bis 15), in dem sich auch die Räume für Bildungszwecke befinden, eine Konsumanstalt und eine Kleinkinderschule.

Wenn bei Beginn der Bauten mehr die geschlossene Straßenfront durch Aneinanderreihen mehrerer Grundformen und Zusammenschluß zu größeren Häusergruppen angestrebt wurde, so ist neuerdings vor allem für die Ausführung der geplanten Erweiterung auf dem südlich der Landstraße gelegenen Gelände hiervon abgegangen worden. Es

hat sich ergeben, daß durch ausgedehnte Gebäude Schwierigkeiten für die zweckmäßige Anordnung der Gärten und Stallgebäude entstehen, weil die Baublöcke bei ihrer großen Tiefe die Zuteilung der Gärten nur in größerem Abstand von der Wohnung ermöglichen und ein Zusammenhang des Gartenlandes mit dem Haus durch die Zwischenstellung eines oft recht staubigen Hofes unmöglich wird. Das soll nun durch die Anordnung des freistehenden Vierfamilienhauses vermieden werden, bei dem die Stallungen an die Seite des Gebäudes auf die Lücken rücken (Abb. 5 bis 7). Hierdurch wird auch die Hofgröße auf das notwendige Maß begrenzt, und die Gärten liegen unmittelbar vor den Fenstern der zugehörigen Wohnungen. Teilweise werden bei den Neuanlagen auch die Stallungen in das Haus einbezogen (Abb. 17 bis 22), was erheblich zur Wärmehaltung beider Teile beiträgt und noch den Vorteil großer Verbilligung bietet.

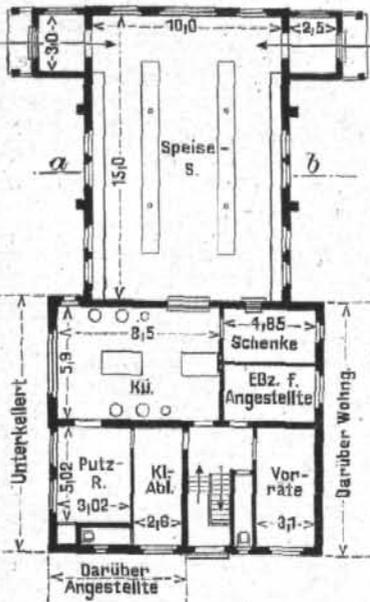


Abb. 16. Kantinengebäude.

raum und sieht die Zuteilung von mindestens 8 qm Stallraum mit Futterboden, abgetrennten Kellerräumen und gemeinsamen Trockenboden vor. An Gartenland sind wenigstens 150 qm angenommen, während nicht umfriedigtes Pachtland außerhalb der Dorflage bis 1/2 Morgen überwiesen werden soll. Für jede Wohnung werden hierbei einschl. Straßen-, Garten- und Bauland rd. 260 qm Grundfläche gerechnet. Die Ausführung der Wohnungen soll im übrigen in der früheren Form erfolgen, deren Einzelheiten sich durchweg bewährt

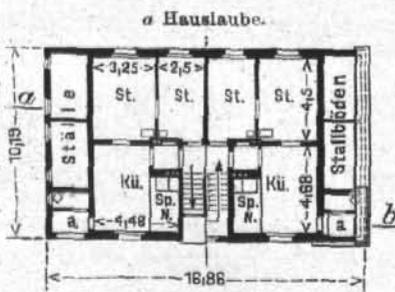


Abb. 17. Vierfamilienhaus.

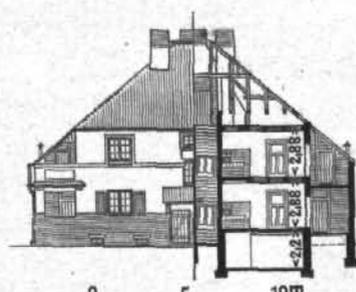


Abb. 18. Ansicht und Schnitt zu Abb. 17.

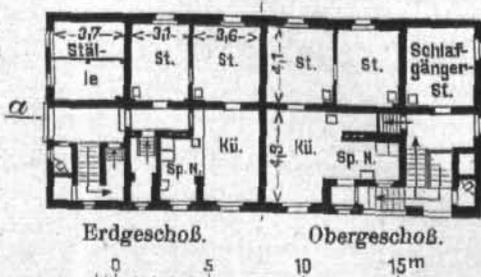


Abb. 19. Vierfamilienhaus, Form N.



Abb. 20. Schnitt und Straßenansicht zu Abb. 19.

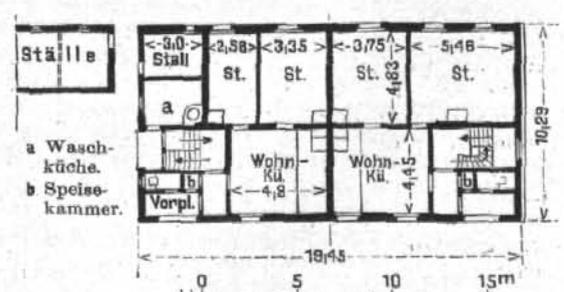


Abb. 21. Vierfamilienhaus, Form P.

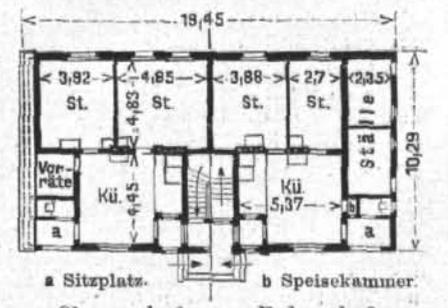


Abb. 22. Form P₁.

haben. Mehr noch als früher wird künftig größte Zweckdienlichkeit und Einfachheit für die Ausführung der Kleinwohnungen Grundsatz werden müssen, um den Bau bei den heutigen Preisen zu ermöglichen.

Für diese selbst lassen sich zur Zeit feste Umgrenzungen noch nicht absehen. Baustoffpreise, wie 300 Mark für das Tausend Ziegelsteine frei Baustelle und Preise bis 1500 Mark für 1 cbm Bauholz, werden bei den jetzigen Stundenlöhnen von mehr als 6 Mark für den gelernten Handwerker zu Herstellungskosten von 50 000 Mark und mehr für die einzelne Wohnung führen, die aber auch eine

wesentliche Erhöhung der bisher mit 8 bis 12 Mark gezahlten Mieten zur Folge haben müßten. Davon wird es abhängen, ob es gelingt, den Kleinwohnungsbau allmählich wieder aus dem Eigenbesitz der Werkverwaltungen herauszubringen und in die erstrebte genossenschaftliche Form zu überführen und lebensfähig zu erhalten. Bis dies gelingt, sollte es das Bestreben der Arbeiter sein, dazu beizutragen, den Besitz zu erhalten und anzuerkennen ein Maß von Wohlwollen, das ihnen von ihrer Verwaltung durch die aufgewendeten Mittel bezeugt worden ist.

Ferdinand Luthmer †.

Am 22. Januar d. J. beschloß ein sanfter Tod den gesegneten Lebensgang des Geheimen Baurats Professor Ferdinand Luthmer in Frankfurt a. Main. Luthmer war ein Sohn des fröhlichen Rheinlandes, wo er in Köln am 4. Juni 1842 das Licht dieser Welt erblickte. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Elberfeld in die Anfangsgründe der Baukunst durch Löske in Elberfeld und Vincenz Stutz in Köln eingeführt, verdankte er seine weitere Ausbildung der Bauakademie in Berlin und sodann auch nach einer längeren Studienreise durch Frankreich und Italien hier in Berlin einzuwurzeln zu wollen, wo sich ihm schon vor Ablegung der Baumeisterprüfung und dann weiterhin eine lohnende Tätigkeit als selbständiger Privatarchitekt geboten hatte, wo er und seine liebenswürdige Gattin im geselligen Kreise bedeutender Menschen mit offenen Armen aufgenommen waren. Im wesentlichen galt schon in dieser Zeit seine Tätigkeit der Innendekoration, der Raumkunst und dem Kunstgewerbe, dem er sich sowohl als entwerfender Künstler wie als Lehrer am Kunstgewerbemuseum und an der Königlichen Akademie der Künste in Berlin widmete. Eine hervorragende Gabe der Darstellung, die Fähigkeit, alle Herzen sowohl der Schüler wie der Mitarbeiter zu gewinnen und zu begeistern, sicherten ihm bald große Erfolge und eine führende Stellung. Unter den Männern, die damals — vom Beginn der siebziger Jahre ab — das deutsche Kunstgewerbe auf eine technisch gesunde Grundlage gestellt und ihm hohe künstlerische Ziele gesteckt haben, muß Luthmer mit an erster Stelle genannt werden.

So ist es nicht verwunderlich, daß der Vorstand der Kunstgewerbeschule in Frankfurt a. Main, als er eines hervorragenden Mannes zur Einrichtung und Leitung seiner Schule bedurfte, Ferdinand Luthmer an sich zog. Und der fand so sein Lebenswerk, dem er sich bis zu seinem Tode, 42 Jahre hindurch, zunächst 20 Jahre lang mit gleichzeitiger Leitung des Kunstgewerbemuseums und der Bücherei, dann ausschließlich widmete. Noch kurz vor seinem Tode wurde ihm die tröstliche Kunde, daß dieses sein eigenes Werk, welches von der Ungunst der Zeit arg bedroht erschien, nun doch in seinem Bestand gesichert hingestellt wurde.

Man möchte diese Ausschließlichkeit bedauern, wenn man weiß, wie stark in Luthmer auch die Kraft zur Gestaltung von Bauwerken großen Stils lebte. Seine Mitwirkung beim Neubau des Frankfurter Rathauses, wenn auch nur vorbereitend und beratend, legt davon

Zeugnis ab, und am ausgeführten Werk, namentlich an seinem stadtbaulichen Gesicht, nimmt man jetzt noch Spuren Luthmerschen Geistes wahr. Vor neun Jahren eröffnete sich ihm noch einmal die Aussicht auf Betätigung an einer größeren Bauaufgabe, der eines bischöflichen Priesterseminars in Limburg a. d. Lahn. Es liegt ein umfangreicher Entwurf Luthmers zur Lösung dieser dankbaren Aufgabe vor. Hier hinderte der Krieg fernere Betätigung, dort der Vertrag mit dem Vorstand der Kunstgewerbeschule, der ihm — er war eben „Beamter“ — bauliche Privatpraxis untersagte. Ob das im Interesse der Öffentlichkeit oder auch nur der geleiteten Schule lag? Man kann es bezweifeln. Jedenfalls empfand es Luthmer manchmal schwer, und es bedurfte der ganzen Liebe und Hingebung für sein Hauptamt, um solchen Verzicht erträglich erscheinen zu lassen.

Ein Nebenamt war ihm jedoch gestattet. Seit 1902 war er Bezirkskonservator für Hessen-Nassau. Auch auf diesem Gebiet hat er eine eifrige Tätigkeit entfaltet, reich an Erfolgen, die nicht nur auf seiner fachlichen Befähigung, sondern mehr noch auf seiner ganzen Persönlichkeit beruhen. Er begann mit der Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler des östlichen Taunusgebiets und des Rheingaaues. Das sollte nach seinem Wunsch ein Werk werden, das auch im kleinsten Städtchen oder Dorf, in jedem Wirtshaus dieses gesegneten Landstriches ausliegen und die Herzen der Bewohner und des fremden Wanderers öffnen sollte zum Verständnis und zur Begeisterung für die Kunstschatze des Orts. Selbst eine gelegentliche Taufe durch Spritzer köstlichen Rebensaftes schien ihm für sein Buch gedehlicher als aller Staub der Büchereien allergelehrtester Leute.

Was bleibt uns nun von Luthmers Lebenswerk? Eine Reihe ausgeführter Arbeiten des Innenbaues und des Kunstgewerbes, z. B. das kunstvolle Ratsilber der Stadt Frankfurt a. Main, ferner außer den genannten Inventarisierungswerken eine stattliche Reihe von Werken über Gebiete des Kunstgewerbes, vor allem aber das, was er in Tausenden begeisterter Schüler gesät und gepflanzt hat, was aufgeht und noch aufgehen und gedeihen wird zum Heil der Kunst und des Kunstgewerbes. Es war ihm vergönnt, noch bis zum Ende seiner Tage frisch und rüstig zu wirken, bis ihm der Tod den Griffel aus der fleißigen Hand nahm. So ist denn auch der Kreis derer ein großer, denen sein Bild in der Erinnerung und im Herzen fortleben wird.

Vermischtes.

Die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber haben Rektor und Senat der Technischen Hochschule Hannover auf einstimmigen Antrag der Abteilung für chemisch-technische und elektrotechnische Wissenschaften dem Geheimen Justizrat Maximilian Kempner in Berlin verliehen.

Zum Ehrenmitglied der Technischen Hochschulen Preußens und der Technischen Hochschule Danzig haben die Rektoren und Senate den Ministerialdirektor a. D. Wirklichen Geheimen Rat D. Dr. Dr.-Ing. Otto Naumann in Berlin anlässlich seines Austritts aus dem Staatsdienst ernannt (a. a. S. 47 d. Bl.) In voller Würdigung seiner langjährigen, segensreichen Amtstätigkeit und seiner hohen Verdienste um die Hebung und Entwicklung der Technischen Hochschulen;

ferner ist zum Ehrenmitglied der Technischen Hochschule Berlin vom Senat der Hochschule aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes der Wirkliche Geheime Rat Dr. Richter in Berlin-Dahlem ernannt worden in Anerkennung seiner Verdienste um die Technische Wissenschaft und die Industrie als Vorsitzender des Vereins sowie als Deutscher Reichskommissar auf den letzten Weltausstellungen.

Wettbewerb für Entwürfe zu einer Verbindung über den Limfjord zwischen Aalborg und Nørresundby in Dänemark (1920 d. Bl., S. 211 u. 380). Das Preisgericht hat anstatt eines ersten Preises von 15 000 und eines zweiten Preises von 10 000 Kronen zwei Entwürfen je einen Preis von 12 500 Kronen zuerkannt, und zwar dem Entwurf der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. in Gustavsborg bei Mainz gemeinsam mit Christiani u. Nielsen in Kopenhagen, sowie der Gutehoffnungshütte

in Sterkrade, gemeinsam mit Monberg u. Thorsen in Kopenhagen und Professor Karl Wach in Düsseldorf. Den dritten Preis (5000 Kronen) erhielt der gemeinsame Entwurf von Diplomingenieur O. Bolliger und Diplomingenieur K. Kihm in Luzern, Diplomingenieur Dr. G. Lüscher in Aarau und Architekt L. M. Daxelhofer in Bern. Angekauft (für je 2000 Kronen) wurden sechs Entwürfe, und zwar von Ingenieur M. D. Salomonsen mit Ingenieur Dr. Holger Schmidt und Ingenieur C. O. Waneber in Kopenhagen; Ingenieur Anker Englund in Kopenhagen; Aktiengesellschaft Armerad Betong in Malmö mit Dr. Fritz Emperger in Wien, Ingenieur G. Neumann in Győr, Ingenieur Johannes Børge in Kopenhagen und Architekt Yngve Herrström in Malmö; Gesellschaft Harkort in Duisburg mit der Tiefbauunternehmung Heinrich Butzer in Dortmund und Architekt Professor W. Kreis u. C. A. Jüngst in Düsseldorf (als Berater Professor Dr. Möller in Braunschweig); Brückenkonstruktionsbureau Nilsson u. Co. (B. Nilsson, N. Bollinder, G. Cervin, S. Kasarnowsky, C. Selmer) in Stockholm mit Architekt Cyrillus Johansson; A. G. Konrad Zschokke in Döttingen mit S. A. Konrad Zschokke in Genf, unter Mitwirkung von Ingenieur Professor E. Meyer, A. G. Escher Wyss u. Cie. und Architekt H. Kuhn in Zürich. — Es waren 42 Entwürfe eingereicht worden, die vom 15. bis 28. d. M. im Museum in Aalborg und später in Kopenhagen ausgestellt werden.

Zum Wiederaufbau des Schlosses Gottorp (s. Denkmalpflege 1921, S. 1) können wir die freudige Mitteilung bringen, daß mit Genehmigung des Reichsschatzministers zunächst soviel Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß sie zusammen mit dem Zuschuß für „produktive Erwerbslosenfürsorge“ ermöglichen, sofort mit dem Wiederaufbau, dem Anfang zum völligen Ausbau, zu beginnen. In

ganz Schleswig-Holstein und auch im Reich wird dieser Beschluß die lebhafteste Genugtuung auslösen. Als erster Teilbetrag im Haushalt des Reichsschatzministers für 1921 sind 1,7 Mill. Mark vorgesehen. Der schöne Erfolg ist dem einträchtigen Zusammenwirken der verschiedenen Behörden zuzuschreiben.

Auch in dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser hatte bei Gelegenheit einer dienstlichen Anwesenheit in Schleswig die Beseitigung des gegenwärtigen unwürdigen Zustandes einen warmen Fürsprecher gefunden, und nicht zuletzt hat Regierungs- und Baurat Dr. Jänecke in Schleswig besonders durch seine jahrelange Werbetätigkeit viel zu dem Erfolge beigetragen; ihm ist die Wahrnehmung der Forderungen der Denkmalpflege beim Wiederaufbau übertragen worden.

Die Abwicklungsbehörde des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau — Berlin NW 6, Luisenstraße 31a — gibt bekannt, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, das von den Beamten der früheren Zivilverwaltung und den Militärpersonen des Besatzungsheeres im November 1918 in Polen zurückgelassene Gepäck nach Deutschland zu schaffen. Die Bedingungen und die Vordrucke für die nähere Bezeichnung der Gepäckstücke sind von der Abwicklungsbehörde zu beziehen.

Eisenach.

Garbe.

Der Landesverein bayerischer Baustoff-Verbraucher wurde in der in München abgehaltenen Hauptversammlung auf Antrag des Vorstandes aufgelöst. Ein ausführlicher Geschäftsbericht gab einen zusammenfassenden Überblick über die Tätigkeit, die der Verein im Interesse der baustoffverbrauchenden Kreise und insbesondere des Kleinwohnungsbaues entfaltet hatte; auch auf die Preisgestaltung der Baustoffe hat der Verein seinen Einfluß ausgeübt. (Der Antrag auf Auflösung wurde angenommen, da sich die Verhältnisse auf dem Baustoffmarkt seit Gründung des Landesvereins grundsätzlich geändert haben, auch reichlich die Einnahmen trotz der Zuschüsse der bayerischen Staatsregierung auf Fortführung der Vereinsarbeiten nicht mehr aus.) Das Ministerium für soziale Fürsorge hat die Deckung der im letzten Vereinsjahr aufgelaufenen ungedeckten Auslagen übernommen. Dem Wunsche der Hauptversammlung, daß die bisherigen Aufgaben des Landesvereins von ihrem Beirat weitergeführt werden möchten, für den die im Landesverein vertretenen Kreise in der Zusammensetzung des bisherigen Vorstandes in Aussicht genommen sind, soll durch Angliederung dieses Beirates beim Ministerium für soziale Fürsorge Rechnung getragen werden.

Die öffentlichen Arbeiten in Bulgarien vor dem Weltkriege. In dem Aufsatz über die bulgarische Balkanquerbahn (1920 d. Bl., Nr. 95, 97) streift der Verfasser Dr.-Ing. Remy auch die Vorgänge, die sich bei der Verdingung abgespielt haben. In Wirklichkeit war das Mißverhältnis zwischen der Preisermittlung der erfahrenen deutschen Firma und der Pauschalsumme, zu welcher dem Unternehmer Slatin der Zuschlag erteilt worden ist, erheblich größer. Ph. Holzmann u. Ko. hatte den Bahnbau Timowo—Stara Sagora ursprünglich zu 26 Mill. Franken veranschlagt. Mit dieser Summe hatte die deutsche Firma ins Schwarze getroffen; denn die bis heute noch geltend gemachten Nachforderungen der Firma Slatin, welche den Bahnbau zu 18 Mill. Franken angeboten und zu 14,6 Mill. Franken (nicht Lewa) übernommen hatte, betragen vorläufig 8 Mill. Franken, doch stehen noch weitere Forderungen aus. Das außergewöhnliche Mißverhältnis zwischen Angebot und Selbstkosten der Ausführung ist für die öffentlichen Arbeiten in Bulgarien eine wiederkehrende Erscheinung, so daß es von allgemeinem Interesse sein dürfte, deren Ursachen nachzugehen. Ich gebe zunächst eine Übersicht über die Verdingungssummen und die Nachforderungen der Unternehmer der in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege ausgeführten Bauten.

Bei den Hafenbauten für Burgas und Warna sind ähnliche Erscheinungen aufgetreten. Ihre Ursache liegt wohl hauptsächlich in dem Umstand, daß die bulgarischen Unternehmer durchweg keine Fachleute sind. Vertrauend auf die Unterstützung ihrer politischen Freunde übernehmen sie die schwierigsten Arbeiten, zu deren Durchführung meistens ausländische Ingenieure angestellt wurden, da Bulgarien nur über eine geringe Zahl tüchtiger Techniker verfügt, welche gerade ausreicht, die leitenden Stellen im Eisenbahnwesen und Wasserbau zu besetzen. Ohne technische Vorbildung, unkundig der Kenntnisse und Erfahrungen, welche eine Baukostenberechnung erfordern muß, gingen sie an die gefährvollsten Unternehmungen heran, wie der Spieler sich an den grünen Tisch setzt.

Zweifellos sind auf das laienhafte Unternehmertum große Verluste zurückzuführen. Dies ist aber nicht die einzige Ursache. Hauptschuld trägt das bulgarische Lastenheft, welches Bedingungen enthält, die es einem rechtschaffenen Unternehmer eigentlich unmöglich machen, an öffentlichen Arbeiten sich zu beteiligen. Nach diesem wurden die Arbeiten zu einem Pauschalbetrag vergeben, doch mußte der Unternehmer sich verpflichten, 25 vH Mehrleistungen für Erdarbeiten und Kunstbauten ohne Entgelt auszuführen. Wenn auch bei den während des Krieges ausgearbeiteten Lastenheften dieser Satz auf 10 vH herabgesetzt worden ist, so bleibt er noch hoch genug, um bei strenger Auslegung, die bisher als Regel galt, den Unternehmer um den ganzen Verdienst zu bringen. Hierin liegt die Ursache, daß bisher keine ausländische Unternehmung sich zur Übernahme öffentlicher Arbeiten in Bulgarien hat entschließen können. Eine Ausnahme machte nur die Eisenindustrie, auf deren Lieferung Bulgarien angewiesen war; hier wurden auch besondere Lieferungsbedingungen vereinbart. Eine weitere große Gefahr für den Unternehmer öffentlicher Arbeiten lag in der bulgarischen Gesetzgebung. Jeder öffentliche Bau, den eine Parlamentmehrheit genehmigt hatte, konnte durch Beschluß einer anderen Mehrheit eingestellt werden, gleichgültig, in welchem Bauzustand sich das Unternehmen befand. Zahlreiche Straßenbauten, welche durch das Parlament genehmigt worden sind, wurden nach Neuwahlen stillgelegt, während andere Ausführungen in Angriff genommen wurden, die nach Sturz der Mehrheit das gleiche Schicksal erreichte. Die Folge ist der schlechte Zustand der Wege und die außergewöhnlich geringe Anzahl von Chausseen. In allen Gegenden findet man aber begonnene, unvollendete Bauten als Denkmale parlamentarischer Willkür. Das Gesetz gibt allerdings dem Unternehmer das Recht, in solchen Fällen Schadenersatz zu fordern. Es dürfte aber wenige Fälle geben, die zu einer gerichtlichen Entscheidung geführt haben, da der bulgarische Richter sich scheut, einen Spruch zu fällen, der gegen den Beschluß einer Mehrheit gerichtet ist.

Berlin.

Morgenstern, Regierungs- und Baurat a. D.

Bücherschau.

Baustudien und Baubilder. Von Josef Bayer. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Robert Stiaßny †. Jena 1919. Eugen Diederichs. 296 S. 8°. Geh. 18 M., geb. 28 M.

Josef Bayer, 1827 als Deutschböhme geboren, widmete sich als Schriftsteller zunächst der Geschichte der schreibenden und bildenden Künste im allgemeinen, war 1871 bis 1898 Lehrer der Ästhetik an der Technischen Hochschule Wien und starb ebendort im Jahre 1910. Nach dem von Stiaßny vorangestellten Lebensbild war er ein ebenso vornehm sich zurückhaltender wie umfassender und klar erkennender Geist, und die vorliegende Auswahl seiner Schriften bezeugt insbesondere das bei einem Nichtfachmann erstaunliche Verständnis für die Baukunst sowohl der Vergangenheit als für die seiner Zeitgenossen. Macht nun die anschauliche und gedankenreiche Schreibweise Bayers schon die bau- und stilgeschichtlichen Skizzen über frühere Zeiten zu einem genussreichen Lesestoff, so haben seine Ausführungen über die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einen fast urkundlichen Wert. Unterstanden doch jene künstlerisch bewegten, nach unserem vorläufigen Urteil allerdings wenig erfolgreichen Jahrzehnte der führenden Wirkung eines Mannes, den die Baukunst zu allen Zeiten mit Stolz als den ihrigen nennen wird, Gottfried Semper (1803 bis 1878). Das von diesem entworfene Lebensbild und eine eingehende Würdigung seiner Schriften und Bauwerke werden ebenso wie viele sonstige Betrachtungen über zeitgenössische Bestrebungen denen als vortreffliche Einführung dienen, die sich mit jener Baukunst auseinandersetzen wollen, die besonders der heute so schrecklich heimgesuchten Kaiserstadt an der Donau eine europäische Bedeutung verliehen hat.*) Nach Bayers Urteil bedeutet die damalige Anpassung antik-römischer Baugedanken und italienischer Renaissanceformen an neuzeitliche Bauaufgaben ebensowenig einen Rückschritt

*) Vgl. a. Denkmalpflege 1919 S. 59, Die Wiener Architektur unter Kaiser Franz Josef.

N ^o	Strecke	Vergeben	Nach-	Bemerkungen
		zu	forderung der	
		Lewa	Lewa	
1.	Borustica—Stara Zagora	11 744 000	10 567 029	Vom Nov. 1918 ab für Personal-Pauschale 120 000 Lewa für das Jahr.
2.	Zareva Livada—Gabrowo	2 788 000	2 195 220	
3.	Ljeskovec—Swistow	4 150 000	3 436 248	
4.	Djevnja—Dobric	4 975 000	5 865 179	
5.	Timowo—Travna—Borustica (Balkan-Querbahn)	14 644 495	8 000 000	
6.	Mezdra—Vidin	22 725 000	10 645 000	Bis 1916 geleistet noch Massenverzechnis für 18 700 000 Lewa. Bisher durch Schiedsgericht anerkannt 4 291 000 Lewa.
7.	Sofia—Roman	21 175 000	8 000 000	Bisher durch Schiedsgericht anerkannt 4 291 000 Lewa.
8.	Zentralbahn Roman—Schimento	21 000 000	6 462 000	Bisher durch Schiedsgericht anerkannt 3 800 000 Lewa.

als eine der früheren Wiedergeburt klassischer Kunst, und bereitet vor allem das 1860 erschienene Hauptwerk Sempers „Der Stil in den technischen und tektonischen Künsten oder praktische Ästhetik“ die Grundlage für die zukünftigen Fortschritte des Kunstschaffens. Daß solche Gedankenreihen nicht in Gelegenheitsschriften und Vorlesungsheften vergraben blieben, sondern weiterer Forschung in übersichtlicher Form vorgelegt wurden, ist nicht nur dem inzwischen verstorbenen ersten Herausgeber, sondern bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage auch dem Verlag als Verdienst anzurechnen. Kr.

Neuere Vergebungsarten für Bauarbeiten im Rahmen des Verdingungswesens. Von Dr.-Ing. Karl Steinbrecher, Regierungsbaumeister im Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Preußen-Hessen. Berlin 1920. Hans Robert Engelmann. 115 S. in 8° mit 2 Abb. Geh. 20 M.

Die Abhandlung zieht aus den verschiedenen Formen der Vergebung von Leistungen und Lieferungen durch Behörden ein Werturteil für die weitere zweckmäßige Entwicklung des Verdingungswesens. Während der letzten zehn Jahre, in denen sich die vorzuberechnenden Vertragsgrundlagen für die Ausführung von Bauten aller Art in äußerster Form veränderten, konnte das Spiel zwischen Rechten und Pflichten des Auftraggebers und Auftragnehmers in bisher nicht möglicher Weise nach allen Richtungen in Erscheinung treten und bemerkenswerte Vergleichsmöglichkeiten geben über Vorteile und Nachteile der angewandten, auf tunlichst reibungslose Durchführung der Bauarbeiten eingestellten Verdingungsarten. Ein Abschluß in der Ausgestaltung des Verdingungswesens ist damit naturgemäß nicht zu erhoffen, sie wird weiterhin im Fluß bleiben. Um so dankenswerter muß es begrüßt werden, wenn der Verfasser aus seiner Erfahrung heraus es unternommen hat, diesen so schwierigen Stoff, wie er im Verlauf zweier Zeiträume von grundverschiedenen Wirtschaftsbedingungen für die Bautätigkeit geboten wurde, rückschauend zu zergliedern und zur Auswertung für die künftige Zeit zu begutachten.

In den drei Teilen des Werkchens werden die bis zu den letzten Kriegsjahren bei den Behörden üblichen Vergebungsarten, die Verfahren nach dem Kriege und Vorschläge für die Fortentwicklung des Verdingungswesens behandelt. Nach einem geschichtlichen Rückblick über die verschiedenen Versuche des Staates und der beteiligten Kreise, die Vergebungsarten nach festen Einheitspreisen möglichst einwandfrei zu gestalten, wird die Wirkung der nach dem Kriege zu erhöhter Bedeutung gelangten unsicheren Posten wie der Lohnverhältnisse, der Baustoff- und Gerätepreise und der Einschätzung der Leistungen von Menschen und Maschinen auf die Gestaltung zweckentsprechender Vergebungsarten eingehend erörtert. Grundsätzlich will der Verfasser an dem freien Wettbewerb in Form öffentlicher Ausschreibung unter möglichster Ausschaltung wirklicher oder vermeintlicher Mißstände sowie an der Vergebung nach festen Einheitspreisen festhalten, sofern die Wirtschaftsverhältnisse es irgendwie gestatten. Man war bisher geneigt, den in den Kolonien und bei dem Bau der Bagdadbahn geübten Verfahren der Vergebung nach reinen Selbstkosten mit fester oder veränderlicher Stichsumme jeglichen Wert für die Ausgestaltung unseres heimischen Verdingungswesens abzuspochen. Die nunmehr unter dem Zwange der Verhältnisse in den letzten Jahren angewandten ähnlichen Vergebungsarten haben demgegenüber zu dem Ergebnis geführt, daß bei ihrer Erprobung, abgesehen von ihrer Zweckmäßigkeit bei schwankenden Marktverhältnissen, sich die Wichtigkeit einer ins einzelne gehenden Vorberechnung durch beide Parteien offenbart hat. Der Verfasser weist mit Recht auf diesen Punkt besonders hin und zeigt damit zum Nutzen jeder öffentlichen und privaten Bautätigkeit den Weg, die vor dem Kriege geübte Vertragstreue wieder zur Geltung zu bringen und die unliebsamen Einwirkungen unklarer Verdingungsunterlagen und wechselnder Marktverhältnisse auf die Abwicklung von Bauverträgen möglichst auszuschalten. Es ist zu wünschen, daß die Baubeamten sich neben der Kenntnis aller einschlägigen Wirtschaftsfelder mit allen Einzelheiten der vorberechnenden Einschätzung vertraut machen und damit sich ein Rüstzeug schaffen zu lebendiger und schöpferischer Mitwirkung bei der Lösung der heutigen wirtschaftlichen Aufgaben im gesamten Bauwesen. In diesem Sinne bringt das Büchlein auch lehrreiche, geschickt gewählte Beispiele für die Berechnung der Selbstkosten, von denen der Unternehmensgewinn und die Geschäftskosten grundsätzlich zu trennen sind.

Das Werkchen kann den Anspruch erheben, beachtenswerte Richtlinien für die richtige Wahl der Vergebungsart zu geben und den Weg zu zeigen, der bei den Bauausführungen im Hoch- und Tiefbau einem ersprießlichen Zusammenarbeiten beider Parteien die geringsten Hemmungen bringt. Es kann daher allen im Bauwesen tätigen oberen und mittleren Beamten, den Studierenden der Technischen Hochschulen sowie den im Erwerbsleben stehenden Fachleuten das Studium der Abhandlung besonders empfohlen werden.

Berlin.

Pirath.

Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin. — Für den nichtamtlichen Teil verantwortlich: Fr. Schultze, Berlin. — Druck der Buchdruckerei Gebrüder Ernst, Berlin.

50. Verzeichnis der wissenschaftlichen Abhandlungen zur Erlangung der Würde eines Doktor-Ingenieurs*) bei der Technischen Hochschule

Berlin: Albrecht, Johannes. Der Maschinenraumabzug in der britischen Schiffsvermessung. 1919. Berlin 1920. Jul. Springer. Veröffentlicht: Jahrbuch der Schiffbautechnischen Gesellschaft, 21. Bd. Jahrg. 1920. — Buxbaum, Bertold. Die Entwicklungsgrundzüge der industriellen spanabhebenden Metallbearbeitungstechnik im 18. und 19. Jahrhundert. 1919. Berlin 1920. Jul. Springer. — Clotofski, Fritz. Untersuchungen über die Verbindungsabildung und das elektromotorische Verhalten des Cers in seinen Legierungen mit dem Eisen und Zink. 1920. Veröffentlicht: Zeitschrift für anorg. und allgem. Chem. 114. Bd. 1920. Verlag von Leop. Voß. — Dobert, Paul. Ludwigslust im Anfang des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte des Klassizismus. 1914. Veröffentlicht unter dem Titel: Bauten und Bauwerke in Ludwigslust. Magdeburg 1920. Karl Peters Verlag. — Heroviol, Leonida. Studien über Chromone. 1919. — Klinkmüller, Johannes. Kunststeine und Beurteilung ihrer Eignung als Fahrbahnbelag im modernen Straßenbau. 1919. — Löwenbein, Adalbert. Über den Einfluß m-ständiger Hydroxylgruppen in Phenolen bei Benzopyrrolynsynthesen. 1919. — Lubowsky, Kurt. Der Einfluß der Massenträgheit elektromotorischer Antriebe auf die erreichbare Anfahrbeschleunigung (unter besonderer Berücksichtigung des Rollgangbetriebes). 1914. (Auszug.) Veröffentlicht: Elektrotechnische Zeitschrift 1920. 15. Heft. — Schröder, Richard. Beiträge zum Betrieb von Stadtentwässerungen. 1917. Veröffentlicht (teilweise) 1920: Technisches Gemeindeblatt. Berlin. Karl Heymanns Verlag. — Thiele, Max. Über die Darstellung von Fettsäuren aus Paraffin. 1919. — v. Tscholka, Josef. Der Kohlenbergbau Serbiens, seine technischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. 1919. — Urtel, Rudolf. Federnde Räder für Lastkraftwagen. 1917. Berlin 1920. M. Krayn. — Welter, Georg. Elastizität und Festigkeit von Untereutektoiden- und Spezialstählen bei Temperaturen bis 500° C. 1916. Berlin 1920. — Zimmermann, Erich. Aufsuchung von Mittelwerten für die Formen ausgewachsener Meereswellen auf Grund alter und neuer Beobachtungen. 1915. Veröffentlicht in der Zeitschrift „Schiffbau“, 21. Jahrg. 1920. Nr. 23 u. 24. — Zuniga, Arturo Wieland. Verhalten der Phenole gegenüber dem Oxalessigester. 1920.

Breslau: Hengstenberg, O. Über die spezifischen Wärmen einiger metallhüttenmännisch wichtiger Sulfide mit besonderer Berücksichtigung höherer Temperaturen. Halle a. d. Saale 1920. Wilhelm Knapp. — Kleylein, Kurt. Studien zum Superphosphatprozeß. 1920. (Auszug.)

Danzig: Albrecht, Philipp. Die Dampfdruckkurven von NaCl, NaBr, NaJ, NaF, KCl, KBr, KJ, NaOH und KOH. 1920. (Auszug.) Veröffentlicht: Zeitschrift für Elektrochemie. — Sieg, Bruno. Über den Mechanismus einiger Verbrennungen. 1920. (Auszug.) Veröffentlicht: Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft.

Dresden: Diethelm, John. Wirtschaftlich-technische Fragen des schweizerischen Hotelbaues. Zürich 1920. Rascher u. Ko. — Müller, Karl. Die Karawanserei im vorderen Orient. Berlin 1920. Zirkelverlag. — Neynaber, Adolf († 1914). Die Wehrbauten des Irak. Berlin 1920. Zirkelverlag. — Plaul, Rudolf. Die Stuckdecken in Sachsen, ihre geschichtliche Entwicklung und künstlerische Bedeutung. Berlin 1920. Zirkelverlag.

Hannover: Luckhaus, W. Das Bürgerhaus des Barock in der Stadt Braunschweig. — Otte, Wilhelm. Über Kernsubstanz- und Wasserstoffgehalt als kennzeichnende Eigenschaften von Brennstoffen. 1920. — Peter, August. Über die Bauart und Berechnung der Schaulcheherwerke. Gera (Reuß) 1916. Umlands technischer Verlag, Wilhelm Umland. — Prosiogel, Robert. Acetolytische Abbauprodukte der Cellulose. Berlin 1920. Karl Hofmann (Papierhaus).

Karlsruhe: Boas, Ernst. Über das Drücken von Gewinden in Eisenblech und die Lehren für Eisenblechgewinde nebst Gegenlehren. Berlin 1920. Verlag des Vereins Deutscher Ingenieure. — Lauterbach, Erich. Zur Kenntnis der Oxydation des Paraffins zu Fettsäuren unter Verwendung verschiedener Katalysatoren. Karlsruhe 1920. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. Veröffentlicht: Mitteilungen des deutschen Forschungsinstituts für Textilstoffe in Karlsruhe i. B.

Stuttgart: Blumer, Max. Untersuchung konstanter Lösungen zur Kenntnis der ozeanischen Salzablagerungen. 1914. 1920. — Faerber, Paul. Nikolaus Friedrich Thourer, sein Leben und Schaffen von 1767 bis 1800. Ein Beitrag zur Geschichte des Klassizismus in Württemberg. 1917. 1920. — Häberle, Richard. Verkehr auf städtischen Straßen. Vornahme der Zählungen und Verwertung der Zählergebnisse. 1918. 1920. — Rettenmeier, Philipp. Arnold Friedrich Prahl, Stadt- und Landbaumeister der Fürstpropstei Ellwangen 1709 bis 1758. 1919.

*) Vgl. S. 116, 360 u. 496 d. Jahrg. 1920 sowie vom Jahrg. 1909 d. Bl. ab.